

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM
einzelne Exemplare 0.10 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Störungen des
Betriebs der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten hat der Be-
zuger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung
des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 RM. Alles weitere über
Rabatte usw. laut ausliegenden Tarif. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr ab-
mittags des Erscheinungstages. Für Fehler in durch Fernsprecher aufgegebenen An-
zeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Anspruch auf Nachzahlung ist
Klage ob. Konkurs.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verhände zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeburg.
Hauptredaktion: Georg Rähle, Ottendorf-Okrilla — Vertreter: Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla
Postfachkonto: Leipzig 29148. Druck und Verlag: Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 124.

Nummer 88 Fernruf: 231 Freitag, den 26. Juli 1935 Nr. 6.35 374 34. Jahrgang

Gertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 25. Juli 1935.

Das beschlagnahmte Sportplatzgelände und Gebäude
des früheren Zentralvereins hier, wurde vom Amtsgericht
Radeburg jetzt versteigert und ging mit einem Gebot von
6000 RM. in den Besitz der hiesigen Sparkasse über. Die
Gepfändensbelastung betrug 24 000 RM.

In Ottendorf-Okrilla wurde das erste hauswirtschaft-
liche Umschulungslager des Oberlandes 16. Sachsen, des VDM
eröffnet. Zwanzig Mädel aus allen Betrieben, die das Ar-
beitsamt Dresden auswählte, werden unter geeigneter Früh-
führung in die hauswirtschaftliche Arbeit eingeführt. Die Schu-
lung umfaßt Gebiete wie Ernte Hilfe, Säuglingspflege,
Schneidern und Weihnähen, Haushalt- und Warenkunde,
Heimgestaltung usw. Nach zwei Monaten Lernzeit im Vor-
jahr werden die Mädel in Haushalten untergebracht. Nach
zwei Monaten können sie wieder zurück in die Betriebe,
aber, was das eigentliche Ziel dieser Umschulung ist, sie
bleiben im Haushalt beschäftigt. Es wird dann selbstver-
ständlich dafür Sorge getragen werden, daß ihnen eine
geeignete Stelle gesichert wird, in der sie ihrem neuen Beruf
mit innerer Befriedigung und Freude nachgehen können.

Die Landesbauernschaft Sachsen teilt mit: Der Leiter
der neuen Hauptabteilung III, „Der Markt“, der Landes-
bauernschaft Sachsen (Freistaat) hat eine Verordnung her-
ausgegeben, die sich gegen die vielfach festzustellende Um-
gehung der örtlichen Marktordnungsstellen
wendet und den Verkehr einzelner reichsangehöriger
Landesbetriebe mit der Reichshauptabteilung III und
den Berliner Spitzenstellen der Marktzulassung regelt.
In dieser Verordnung wird festgestellt, daß das unmittel-
bare Herantreten einzelner Betriebsinhaber an Berliner
Spitzenstellen den Geschäftsgang außerordentlich erschwert,
daß es dem einzelnen viel Mühe, weit zur Klärung der
vorgelegten Angelegenheiten doch niemals Rückfragen
bei den örtlichen Stellen unterbleiben können. Der Reichs-
bauernführer hat deshalb für den gesamten Reichsland
angeordnet, daß die Berliner Dienststellen in keinem Fall
mehr reichsangehöriger Betriebsinhaber in eigener
Angelegenheit empfangen dürfen, ohne daß sie vorher bei
ihren zuständigen Landesbauernschaft oder dem entsprechen-
den Gebietsverband vorstellig geworden sind. Es werden
also von Berliner Dienststellen Erzeuger, Verarbeiter und
Verteiler ohne Ansehen der Person künftig nur dann vor-
gelassen werden, wenn sie nachweisbar bereits mit den
zuständigen Untergliederungen ohne Ergebnis verhandelt
haben. Die in Frage kommenden Unterlagen sollen künftig
den Geschäftsführern, die zum Zweck weiterer Verhandlung
nach Berlin kommen, Bescheinigungen ausstellen, aus
denen hervorgeht, daß sie bei ihnen vorgeprochen haben,
aber aus irgendwelchen Gründen abschlägig beschieden wer-
den mußten.

155 gewerbliche Warengenossenschaften in Sachsen
Im ersten Halbjahr 1935 erhöhte sich die Zahl der im
sächsischen Genossenschaftsverband zusammengeschlossenen
gewerblichen Warengenossenschaften von 151 auf 155; unter
den vier Zugängen befinden sich eine Genossenschaft des
Bäderhandwerks, eine des Fleischerhandwerks und zwei
Warengenossenschaften. Unter den 155 sächsischen Wa-
rengenossenschaften ist am stärksten das Bäderhandwerk
mit 55 Genossenschaften vertreten; es folgen das Fleischer-
gewerbe mit 13, das Schuhmachergewerbe mit 12, das
Klempner- und die Zigarrenhandlung mit 8, das Ma-
schinengewerbe und der Friseurhandwerk mit 5 Genossenschaf-
ten. Der Lebensmittelhandel, das Friseurgewerbe, das
Klempner- und die Zigarrenhandlung sowie das Sattler- und Tapezierergewerbe
sind mit je 4 Genossenschaften vertreten. Die übrigen
Gewerkschaften verteilen sich auf den Drogenhandel, das
Klempner- und Installateurgewerbe und den Kohlenhandel.

10 888 Notstandsarbeiter in Sachsen beschäftigt
Nach Mitteilung des Landesarbeitsamtes Sachsen war
am 30. Juni 1935 in Sachsen 10 888 Notstandsarbeiter
beschäftigt auf Grund der Anerkennung vorhandene Arbeits-
stellen belief sich am 30. Juni auf 2 245 786 Tagewerte.

Lehrgang zur Ausbildung von Meliorationsfacharbeitern
Im S-Lager Radeburg fand ein zweiter Lehrgang
zur Ausbildung und Prüfung von Meliorationsfacharbeitern
statt, der vom Ministerium für Volksbildung und dem Wirt-
schaftsministerium mit Unterstützung der Landesbauernschaft
ausgegeben wurde. In dem Lehrgang wurden Vermessen
bau, Wegebau, Transportarbeiten, Werkzeuggebrauch, Bau-
wesen, Abstecken, Graben- und Dränbau, Beton- und Zement-
bau, Meliorationsbau und Betriebsführung lernt und wert-
mäßig behandelt. Bei dem starken Bedarfs an Fach-
kräften für die sachgemäße Ausführung von Meliora-
tionsarbeiten ist die sorgfältige Ausbildung im S-Lager
von besonderem Wert. Durch die Lehrgänge und
Prüfungen wird Gelegenheit zum Erwerb eines Zeugnisses
als Arbeiter oder Vorarbeiter im Meliorationsbau ge-

geben. — Der nächste Lehrgang wird voraussichtlich im
Herbst ds. Js. stattfinden. Anmeldungen können jetzt schon
an das S-Lager Radeburg, Bahnhofstraße, gerichtet wer-
den. Jeder Lehrgang dauert acht Tage und ist für die zuge-
lassenen Teilnehmer gebührenfrei. Unterkunft
und Verpflegung werden ebenfalls unentgelt-
lich gewährt.

Der Reichssportführer über den Wert der Schützen-
gesellschaften

Das Schützenfest der Großschonauer Schützengesellschaft
erreichte mit dem Schützenfrühstück seinen Höhepunkt. An
der Veranstaltung nahm auf Einladung des Vereinsführers
auch Reichssportführer von Tschammer und Osten teil.
Der Reichssportführer gab einen Rückblick auf die Geschichte
der deutschen Schützengesellschaften. Der alte Brauch, wie
er mit der Schützenfrage verbunden sei, ablehne, verheide
den inneren Sinn des Schützenwesens nicht. Der Reichs-
sportführer legte sich für die Erhaltung der deutschen Schüt-
zengesellschaften und ihrer geschichtlichen Ueberlieferung ein
und forderte die Schützen auf, sich mit ihrer Arbeit einzu-
reihen in das große nationalsozialistische Aufbauprogramm des
Führers und Reichstanzlers Adolf Hitler.

Einzugung volks- und staatsfeindlichen Vermögens

Auf Grund der Reichsgerichte über die Einziehung volks-
und staatsfeindlichen Vermögens werden zu Gunsten des
Landes Sachsen eingezogen die Sachen und Rechte sowie die
Grundstücke des Turn- und Sportvereins Lauterbach, der
„Freien Turnerschaft in Burgbahren e. V.“ in Burgbahren,
des Turnvereins Kleinolbersdorf, des Turnvereins zu
Görzsch, des Turnvereins Volgtberg 1877, des Turn-
klubs Jchorau e. V. in Jchorau und der Freien Turn-
schaft Zwickau.

Spanischer Großkraftwagen verunglückt. — Sechs Schwere-
und zehn Leichtverletzte

An der stark abfallenden Straßenkreuzung Berg-
Münchener und Reichstraße in Dresden verunglückte
ein mit 21 Personen besetzter Reisekraftwagen aus Barcelo-
na, der sich auf der Fahrt von Prag nach Dresden befand.
Bei dem Verlust, einer die Kreuzung überfahrenden Stra-
ßenbahn auszuweichen, riß der Wagenführer das Steuer
nach links; infolge zu hoher Geschwindigkeit und des Ge-
fälles stürzte aber der große Reisewagen um, wobei er
gegen den Straßenbahnwagen stieß. Straßenbahn und
Polizeibeamte befreiten die Verunglückten aus dem Wagen;
sechs Personen mußten mit Armbrüchen und Kopfverletzun-
gen und vier mit leichteren Verletzungen ins Krankenhaus
gebracht werden; sechs Fahrgäste konnten nach ärztlicher
Behandlung entlassen werden. Die Fahrgäste der Stra-
ßenbahn kamen ohne Schaden davon.

Dresden. Keine Juden in den städtischen
Schwimmbädern. Das Städtische Nachrichtenamt teilt
mit: „Wie in anderen Städten hat das Austritt der Juden
auch in den Dresdner Schwimmbädern in weiten Kreisen
der Bevölkerung Mißstimmung hervorgerufen, die in zahl-
reichen Beschwerden an die Stadtverwaltung zum Ausdruck
gekommen ist. Juden ist daher der Zutritt zu den städtischen
Schwimmbädern untersagt worden.“

Dresden. Personendampferverkehr wie-
der aufgenommen. Die Sächsisch-Böhmische Dampf-
schiffahrt nimmt ihren Betrieb den im wegen der Wasser-
schwierigkeiten in Böhmen am Sonntag vorübergehend ein-
gestellt hatte, ab Mittwoch, 24. Juli, in voltem Umfang
wieder auf. — Am hiesigen Pegel wurde am Dienstag ein
Eltwasserstand von 243 festgesetzt gegenüber 251 am
Sonntag und 248 unter Null am Montag.

Oberhau. 10 000 Besucher in der Erzge-
birgsschau. Die große Erzgebirgsschau hat seit ihrer
Eröffnung vor vier Wochen etwa 10 000 Besucher aufzu-
weisen; diese hohe Zahl legt Zeugnis davon ab, daß die
Ausstellung sich größter Beachtung erfreut.

Marienber. Mädchen rettet ein Mädchen.
In Lauter geriet ein 21jähriges Mädchen, das nicht sicher
schwimmen konnte, im Dorfteich in eine Untiefe und ver-
sank. Durch das Eingreifen der 16jährigen Marianne Stül-
per aus Lauter konnte ein Unglück vermieden werden. Die
Retterin, ebenfalls noch nicht sicher im Schwimmen, brachte
die fast Bewußtlose unter eigener Lebensgefahr an Land.

Marienber. Willkommenen Ferienzu-
schuß. Bei einem Losverkauf der Arbeitsbeschaffungslosterie zog
ein Kraftfahrer, der sich auf der Ferienfahrt zum Schwar-
zenberg befand, ein Los, nachdem keine beiden Begleiter
Karten gezogen hatten. Er ließ sich das liebende Los von
links aus dem Kasten des Glücksmanns geben. Beim
Öffnen konnte er zu seiner größten Freude feststellen, daß
er einen Gewinn über 500 RM gezogen hatte.

Stolpen. Tödlich verunglückt. Auf der Staats-
straße nach Hohnstein fuhr der Kraftwagen des hier woh-
nenden Rechtsanwalts Dr. Kurjo gegen einen Baum und
wurde in den Straßengraben geschleudert. Der Rechts-
anwalt erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf
starb.

Schnitz. Der frühere König von Spanien
stattete dem hiesigen Arbeitslager einen Besuch ab und ä-
ußerte sich sehr anerkennend über die musterartige Ordnung
und Sauberkeit im Arbeitslager. Anschließend fuhr der
ehemalige spanische König mit seiner Begleitung nach Hohn-
stein, um die Jugendburg zu besichtigen.

Döhlen. Auf der Deutschlandreise verun-
glückt. Bei Seerhausen verunglückte ein holländischer
Kraftwagen, dessen Insassen sich auf einer Deutschlandreise
befanden. Der Führer des Kraftwagens, Arbeitsamtsdirek-
tor Boczer, Haag, kam ohne wesentliche Verletzungen davon,
seine Frau erlitt schwere Schnittwunden und mußte dem
Krankenhaus zugeführt werden. Das Unglück ist vermutlich
daraus zurückzuführen, daß Frau Boczer einen Ohnmachts-
anfall erlitt und dabei mit dem Kopf auf die Arme ihres
Mannes fiel, der dadurch die Gewalt über den Wagen
verlor.

Cimbach i. Sa. 103er Kameradschaftstref-
fen. Die „Vereinigung ehem. Ref.-Inf.-Regt. 103er“ be-
geht am 14. September die Feier ihres zehnjährigen Be-
stehens, mit der ein Kameradschaftstreffen verbunden ist.
Am Sonntagvormittag soll im Stadtpark eine 103er-Eiche
gepflanzt werden. Auskunft über die Teilnahme erteilt
Kamerad Ewald Heintzig, Oberfrohn i. Sa., Hainstr. 25.

Brundöbra. Anwesen eingedächert. Nachts
brach im Reineischen Anwesen ein Feuer aus, dem Scheune
und Bohnhaus zum Opfer fielen; die Entstehungsurache
ist noch nicht bekannt.

Leipzig. 22 000 RM Diebesbeute. Einbrecher
erbeuteten in einem Versteigerungsraum 170 Stück wert-
volle Silberfuchs- und 130 Stück Kerzelle im Gesamtwert
von 22 000 RM. Die Felle sind teils roh, teils zugerichtet;
für ihre Wiederherbeschaffung sind vom Beschädigten zehn
vom Hundert als Belohnung zugesichert worden.

Borna. Unwetter schaden. In den Abendstunden
ging über Borna ein schweres Unwetter nieder. Wolken-
bruchartiger Regen, Hagelschlag und orkanartiger Sturm
haben an Häusern und Bäumen schweren Schaden ange-
richtet. Besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde
das Rittergut Bodwitz, wo der Hagelschlag unermesslichen
Schaden anrichtete; das Getreide ist teilweise vollständig
vernichtet. Das dreißig Meter lange Dach einer Scheune
wurde vom Sturm in die Höhe gerissen und zu Boden
geschleudert; eine danebenstehende Scheune ist in allen
Wänden gerissen. Ein fahrbarer vierzig Zentner schwerer
Hühnerwagen mit 320 Junghühnern wurde nach mehr-
maligem Umschlagen dreißig Meter fortgetrieben und blieb
als Trümmerhaufen liegen; etwa fünfzig Hühner sind hier-
bei umgekommen. Die Fluren sind stark verwüstet, Zwiebeln,
Kartoffeln und Rüben stehen wie abgemäht; etwa fünfzig
Obstbäume wurden entwurzelt oder geknickt und die gesamte
Obsternte dürfte als vernichtet gelten.

Lengsfeld i. Vogtl. Todesfahrt. Der Kaufmann
Bernhard Schade aus Dresden fuhr auf der Staatsstraße
Lengsfeld—Zwickau auf Hür Waldkirchen aus bisher nicht
festgestellter Ursache mit seinem Kraftwagen in den Stra-
ßengraben; dabei wurde er so schwer verletzt, daß er kurze
Zeit später starb.

Berufsfahrten eines „eisgekühlten“ Eisenbahn- wagens

Die Reichsbahn führt in einem elektrischen Triebwagen-
zug, der zwischen Halle und Leipzig verkehrt, Versuche mit
einem „eisgekühlten“ Eisenbahnwagen aus. In einen Trieb-
und in einen Eislerwagen ist eine Lüftungsanlage einge-
baut worden, die im Sommer die Aufgabe hat, die Luft
im Personenwagen zu erneuern, zu kühlen und zu feuchten.
Ein Lüfter drückt durch trichterförmige Blasenöffnungen
in der Decke gekühlte und benetzte Luft in den Personen-
wagen, so daß die Fahrgäste die Annehmlichkeit einer Luft
haben, die bis zu 6 bis 7 Grad Celsius unter der Außen-
luft liegen kann. Die eingeblasene Luft kann entweder dem
Wagen oder der Außenluft entnommen oder aus beiden
gemischt werden; sie wird durch Aufsprall auf kleine Porzellan-
röhren, die zu einem Filter ausgedichtet und von Eis-
wasser überströmt sind, gekühlt und befeuchtet. Das Eis-
wasser stammt von Eisblöcken, die vor Abfahrt des Zuges
eingefüllt werden. Der Eisverbrauch ist leider sehr hoch,
weil die Wagen keine besondere Wärmedichtung besitzen.
Voraussetzung für eine wirkungsvolle Kühlung ist, daß alle
Fenster geschlossen bleiben, damit die abgekühlte Luft im
Wageninnern bleibt. Die Anlage wird nur bei Außenluft
über 25 Grad Celsius in Betrieb gesetzt.

Im Winter wird die Heizung der Wagen selbsttätig
geregelt. Die elektrisch erwärmte Luft wird durch Blasen-
öffnungen am Wagenboden in die Wagen eingeblasen. Im
Wageninnern und außen am Wagen sind Luftfühler ange-
bracht, die in ständiger Weise die Heizung zu regeln, wie
es der Außen- und der Innenluft entspricht. Die Warm-
luft kann entweder dem Wageninnern oder der Außenluft
entnommen oder gemischt werden; die Einrichtung verhindert,
daß die Wagen zu stark oder zu wenig erwärmt sind.



Polnischer Vorstoß gegen die Danziger Zollverwaltung.

Die Ankündigung der polnischen Telegraphenagentur über die beabsichtigte Ausschaltung der Danziger Zollverwaltung für die polnische Einfuhr ist inzwischen durch die Veröffentlichung einer Verordnung des polnischen Finanzministeriums im Staatsgesetzblatt bestätigt worden. Der Inhalt der Verordnung, die mit Wirkung vom 21. Juli bereits in Kraft getreten ist, ist kurz folgender:

Die Zollämter auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig dürfen die endgültige Zollabfertigung oder auch die bedingte Zollabfertigung nur für solche Waren vornehmen, die für den Bedarf des Gebietes der Freien Stadt Danzig bestimmt sind.

Waren, die den Danziger Zollämtern vorgelegt werden, aber für das Gebiet der Republik Polen bestimmt sind, müssen zur endgültigen Abfertigung oder auch zur bedingten Einfuhrabfertigung an Zollämter verwiesen werden, die auf dem Gebiete der Republik Polen liegen.

Auch die Waren, die bereits geprüft wurden, aber deren Gebühren am Tage des Inkrafttretens der Verordnung nicht bezahlt waren, müssen an Zollämter auf dem Gebiete der Republik Polen überwiesen werden.

Bei Abfertigung von Zollwaren in Danzig hat derjenige, der die Waren zu verzollen hat, eine Erklärung abzugeben, daß die Waren nur für den örtlichen Konsum bestimmt sind. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind Waren im Reiseverkehr.

Gleichzeitig hat die Warschauer Industrie- und Handelskammer die polnische Kaufmannschaft in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß Verstöße gegen diese Verordnung die Beschlagnahme der betreffenden Waren, verschiedene Geldstrafen oder zum mindesten hohe Stand- und Lagerkosten nach sich ziehen können.

Die zuständigen Stellen in Danzig sind zur Zeit noch mit der Prüfung der polnischen Verordnung beschäftigt. Das Ergebnis dürfte abzuwarten sein.

Danziger Protestnote an Polen.

Die Warschauer Zollverordnung wird in der Freien Stadt nicht durchgeführt.

Danzig, 23. Juli. Anlässlich der gegen die Danziger Zollverwaltung gerichteten Verordnung des polnischen Finanzministeriums fand am Dienstagmittag eine offizielle Unterredung zwischen dem Danziger Senatspräsidenten Greifler und dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen, Minister Dr. Papée, statt. Dabei überreichte Senatspräsident Greifler dem Minister Papée eine Note der Danziger Regierung, in der gegen die polnische Verordnung scharfer Protest eingelegt wird. In der Danziger Note wird darauf hingewiesen, daß die Danziger Regierung nicht in der Lage sei, die Verordnung des polnischen Finanzministeriums auszuführen, da die Verordnung gegen die bestehenden Rechtsgrundlagen verstoße.

Der Wortlaut der Note.

Die Note, die Senatspräsident Greifler am Dienstagmittag um 12 Uhr dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Minister Papée, überreichte, hat folgenden Wortlaut:

„Aus dem Gesetzblatt der Republik Polen hat der Senat Kenntnis erhalten von einer am 18. Juli 1935 erlassenen Verordnung, mit der die Tätigkeit der Danziger Zollämter auf die Abfertigung derjenigen Auslandswaren beschränkt sind, die für die Bedürfnisse des Gebiets der Freien Stadt Danzig bestimmt sind. Diese Verordnung stellt einen Einbruch von außerordentlicher Tragweite in das zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen bestehende Rechtsverhältnis dar. Ich habe aus diesem Grunde das Landesamt der Freien Stadt Danzig angewiesen, diese Verordnung nicht auszuführen.“

Indem ich Ihnen, Herr Minister, den Protest des Senats der Freien Stadt Danzig gegen den Erlass dieser Verordnung übermittle, erwarte ich, daß diese Verordnung sofort zurückgenommen wird.

Außerdem behält sich der Senat der Freien Stadt Danzig weiterhin vor, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutze der Danziger Interessen notwendig erscheinen. Er behält sich insbesondere vor, Ersatz für alle Schäden zu verlangen, die der Freien Stadt Danzig durch die Verordnung erwachsen sollten.“

Die Danziger Stellungnahme.

Hierzu nimmt die Danziger Regierung wie folgt Stellung: Die Durchführung der Verordnung müßte zur Folge haben, daß Danzigs Handel und Industrie bei der Versorgung des polnischen Marktes mit Auslandswaren ausgeschlossen würde, daß der Danziger Hafen, dessen natürliches Hinterland Polen ist, und der in seinen Ausmaßen und Einrichtungen auf dieses Hinterland eingestuft ist, vollkommen verödet. Die Rückwirkung auf die übrigen Zweige der Danziger Wirtschaft müßte verheerend sein.

Danzig ist in die Zollgrenze Polens eingeschlossen worden, damit die für Polen bestimmten Waren auch in Danzig endgültig verzollt und ungehindert nach Polen weitergeführt werden können. Diese Regelung ist nicht nur im Interesse Polens, sondern auch im Interesse Danzigs erfolgt, wie es zum Beispiel aus dem Warschauer Abkommen hervorgeht, nach welchem die Regierung Polens verpflichtet ist, in ihren Zollgesetzen die Interessen der Freien Stadt Danzig zu schützen. Wenn in Danzig nur die für Danzig selbst bestimmten Waren verzollt werden, so wäre nicht einzusehen, warum diese Waren nach der polnischen Gesetzgebung und dem polnischen Zolltarif verzollt werden, warum ihre Verzollung von polnischen Zollinspektoren überwacht werden soll, warum Polen einen Anteil an den für diese Waren bezahlten Zöllen erhalten soll, warum polnische Einfuhrbewilligungen für diese Waren erforderlich sein sollen usw.

Die Verordnung steht hiernach also in einem unvereinbaren Widerspruch zu den Danzig-Polnischen Verträgen.

In Erwägung dieser feststehenden Rechtslage und in Anbetracht der Tatsache, daß bei Durchführung dieser Verordnung bleibende Schäden entstehen würden, die auf keine Weise wieder gut gemacht werden könnten, hat sich der Präsident des Senates im Einvernehmen mit dem gesamten Senat entschlossen, die Danziger Zollverwaltung anzurufen, diese Verordnung nicht zur Ausführung zu bringen.

Schwerer Schaden für Danzig.

Trotz der Nichtdurchführung dieser Verordnung ist der Senat sich jedoch darüber im Klaren, daß diese Tatsache der Nichtdurchführung allein nicht genügen kann, um schwere Schädigungen von der Danziger Wirtschaft abzuwenden. Schon auf die Nachricht vom Erlass dieser Verordnung hin sind sofort in großem Umfange Waren und Schiffe von

Danzig nach Gdingen umgeleitet worden. Solange die Verordnung nicht aufgehoben ist, werden nicht nur polnische, sondern auch sehr schwer ins Gewicht fallende internationale Wirtschaftskreise sich nicht entschließen können, sich bei der Einfuhr von Waren aus dem Zollausland des Danziger Hafens und des Danziger Handelsapparates zu bedienen. Die hieraus dem Danziger Handel und der gesamten Danziger Bevölkerung erwachsenden Schäden müssen so groß werden, daß sie von Danzig nicht getragen werden können. Aus diesem Grunde muß sich die Danziger Regierung im Namen der gesamten Danziger Bevölkerung die Annahme von Schadenersatzforderungen, für die Polen allein verantwortlich gemacht werden muß, vorbehalten. Um die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden und um die zweifellos noch eintretenden Komplikationen zu verringern, muß der Senat an den diplomatischen Vertreter Polens die Bitte richten, bei seiner Regierung wegen sofortiger Aufhebung der Verordnung vorstellig zu werden.

Wie hierzu von zuständiger Danziger Seite noch ergänzend mitgeteilt wird, hat die Danziger Regierung inzwischen an das Danziger Landesamt die entsprechenden Anweisungen ergehen lassen. Die Danziger Zollverwaltung wird also entsprechend den Bestimmungen der Danzig-polnischen Zollgemeinschaft die in Danzig in das Danzig-polnische Zollgebiet eingeführten Waren in der bisherigen Form zollamtlich abfertigen. Die Danziger Regierung be-

Unnötige Sorgen.

Unterhausdebatte über das Flottenabkommen

London, 23. Juli. Im Unterhaus fand am Montag eine Aussprache über den Flotten-Vorhaushalt und den Zustand der Luftstreitkräfte statt. Im Vordergrund der Aussprache stand

das deutsch-englische Flottenabkommen.

das schon in der vorhergehenden Fragezeit von verschiedenen Abgeordneten zur Sprache gebracht wurde.

Der Arbeitervertreter Wilton fragte zunächst, um wieviel neue U-Boote die deutsche Flotte vergrößert werden könne, ohne gegen den Flottenpakt zu verstoßen.

Der Erste Lord der Admiralität Sir Bolton Eyres Monsell erwiderte: „Das deutsch-englische Flottenabkommen begrenzt nur die Gesamttonnage der U-Bootsstreitkräfte, die Deutschland erwerben kann, ohne die Zahl der Schiffe zu begrenzen, die von der Größe der einzelnen Einheiten abhängt. Gegenwärtig entspricht die fertige Tonnage der britischen Unterseeboote ungefähr der Ziffer, auf die das britische Reich durch den Londoner Flottenvertrag begrenzt wird, nämlich 52 700 Tonnen. Unter den Bedingungen des Flottenabkommens — ausgenommen unter besonderen, in den Abkommen angegebenen Umständen — kann Deutschland 45 v. H. dieser Ziffer, nämlich 23 715 Tonnen, bauen, falls nicht in der Zwischenzeit die britische U-Boots-tonnage herabgesetzt wird, worauf die Zahlen, bis zu denen Deutschland bauen kann, entsprechend herabgesetzt würden.“

Wilton fragte hierauf, ob die besonderen Umstände Deutschland gestatten würden, eine unbegrenzte Zahl von U-Booten zu bauen, und ob diese besonderen Umstände tatsächlich vorhanden seien. — Monsell entgegnete: „Nein. Unter den ‚besonderen Umständen‘ können die Deutschen bis zur Gleichheit mit uns aufrücken, aber das ist die Grenze. Auf jeden Fall müssen sie kommen, und es uns mitteilen, wenn sie es tun, worauf wir mindestens darauf aufmerksam gemacht werden, was sie tun werden.“

Der Arbeiterabgeordnete Cods sagte dann, daß England auf Grund des Londoner Flottenvertrages keine Schlachtschiffe nicht vor Januar 1937 erhalten könne, und wollte wissen, ob der Marineminister die deutsche Regierung aufgefordert habe, nicht vor diesem Zeitpunkt mit dem Bau von Schlachtschiffen zu beginnen.

Der Marineminister antwortete: „Die Besprechungen mit den deutschen Vertretern waren notwendigerweise vertraulicher Natur, und es ist daher nicht erwünscht, mitzuteilen, was sich ereignet hat. Aber natürlich taten die britischen Vertreter ihr Bestes, die deutsche Regierung zu überreden, ihre Flotte in einem mäßigen Tempo aufzurüsten.“

Die eigentliche Flottenaussprache wurde durch den Vertreter der Arbeiteropposition Hall eingeleitet, der sofort auf das deutsch-englische Flottenabkommen zu sprechen kam und sich in ausführlichster Weise darüber verbeistete. England habe überhört gehandelt und ohne vorherige Rücksprache mit den anderen Mächten. Das Flottenabkommen bedeute nicht Rüstungsbegrenzung, sondern vielmehr „eine ganz gehörige Wiederaufrüstung“. Es sei „ein schöner Vorwand“ für ein englisches Aufrüstungsprogramm.

Nachdem Hall im Namen der Arbeiteropposition eine Herabsetzung des Flottenhaushaltes beantragt hatte, sprach der konservative Vizeadmiral Campbell, der zunächst auf die Leistungen der deutschen Flotte im Weltkrieg hinwies. Im Krieg sei es vorgekommen, daß die englische Flotte dem Feind zwar an Tonnage, nicht aber in anderer Hinsicht überlegen gewesen sei. Ein Beispiel dafür sei die Schlacht am Staggeral. Die deutschen Schiffe seien den englischen in jeder Hinsicht, in der Konstruktion und sehr oft in ihren Leistungen überlegen gewesen. Der Admiral sagte dann, es sei eine Benachteiligung für England, daß Deutschland seine Flotte nur für Zwecke der Heimatverteidigung zu bauen habe, während England an seine Uebersee-Besitzungen denken müsse. Er hoffe sehr, daß England weiterhin sich energisch für die Abschaffung der U-Boote einsetze werde.

Der arbeitertypische Abgeordnete Cods erklärte, die deutschen Flottenforderungen seien zugestanden worden, ohne daß die englische Regierung verliert habe, etwas abzuhandeln. Es sei kein Zweifel darüber vorhanden, mer den Sieg bei diesem Abkommen errungen habe: es sei Herr von Ribbentrop. Nicht nur sei es ein Sieg über britische Interessen, sondern auch eine Niederlage für die kollektiven Verhandlungen und für die Erklärungen, denen England zugestimmt habe.

Was das deutsch-englische Flottenabkommen betreffe, so enthalte auch dieses viele Merkmale eines potentiellen Bündnisses.

Es beständen Tendenzen in England, die zeigten, daß die englische Regierung das Nazi-Regime begünstige. Er sei nicht bereit, auch nur einen Penny für Schiffe auszugeben, wenn mit diesem Geld die Politik ausgeführt werde, Nazi-Deutschland zu einer vorherrschenden Macht in Europa zu machen.“

hält sich weitere Maßnahmen vor. Dabei dürfte die Danziger Regierung gegebenenfalls auch sehr weittragende Maßnahmen grundlegender Natur zur Erhaltung der Danziger Wirtschaft ins Auge fassen, falls die Haltung Polens dazu Veranlassung gibt.

Zu Verhandlungen bereit.

Im übrigen läßt sich der Standpunkt der Danziger Regierung dahin umschreiben, daß sie ihre weiteren Maßnahmen von der polnischen Antwort auf die Danziger Note sowie von den weiteren Schritten Polens abhängig machen wird. Die Danziger Regierung wird den Rechtsboden der mit Polen geschlossenen Verträge nicht verlassen, obwohl die polnische Zollverordnung sämtlichen einschlägigen Danzig-polnischen Abkommen widerspricht. Die Danziger Regierung ist jederzeit zu neuen Verhandlungen und zu einer Verständigung mit Polen über die in letzter Zeit entstandenen sachlichen Meinungsverschiedenheiten bereit. Es muß aber mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß Danzig sich keinesfalls bereitfinden wird, vor politischen Forderungen irgendwelcher Art zu kapitulieren. Die Entschlossenheit Danzigs, seine Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu meistern, die z. B. bereits zu einem erheblichen Anstieg der Golddeckung des Danziger Guldens geführt hat, findet ihre moralische und rechtliche Begründung in dem deutschen Charakter der Freien Stadt. In diesem Zusammenhang kann mit Genugtuung verzeichnet werden, daß im Laufe der letzten Auseinandersetzungen auch von amtlicher polnischer Seite ausdrücklich erklärt worden ist, daß Polen heute nicht mehr beabsichtige, den deutschen Charakter der Freien Stadt Danzig anzuzweifeln.

Der konservative Abgeordnete Obergrattan erklärte, daß er sich dem Urteil der Opposition gegen die Regierung anschließe.

Unter allgemeiner Spannung erhob sich Lloyd George, der zunächst feststellte, daß bisher die Sprecher der Regierungen- und Oppositionsparteien sich völlig einig in der Mißbilligung des Flottenabkommens seien. Er wiederholte dann beinahe wörtlich seine bereits in der letzten außerparlamentarischen Unterhausausprache vorgebrachten Argumente gegen den Flottenpakt und kam zugleich auf die U-Boots-Frage zu sprechen.

„Am meisten habe ich der Teil des Abkommens betriebl. in dem England nicht nur die bestehende Zahl der britischen U-Boote angenommen, sondern sogar mit Deutschland abgemacht habe, daß es unter gewissen Umständen noch weitere U-Boote bauen könne. Angesichts der Erfahrungen Englands im Weltkrieg habe er diesen Umstand für außerordentlich.“

England sei beinahe durch die deutschen U-Boote bedrängt worden, es habe wenige Wochen vor dem Hungertode gestanden.

Wenn es kein Gegenmittel gefunden hätte, wären England und seine Verbündeten gesiegt worden, und Deutschland hätte triumphiert. Er stimme mit Admiral Campbell darin überein, daß der U-Bootskrieg die grausamste Kriegsmethode sei. Er könne nicht verstehen, warum die englische Regierung die Gelegenheit, die U-Boote völlig abzuschaffen, nicht benutzt habe. Er glaube, daß Deutschland zu einer Zusammenarbeit für die Abschaffung der U-Boote bereit gewesen wäre. Die Frage sei völlig verschieden gewesen, als die Franzosen sich weigerten, einer Abschaffung der U-Boote zuzustimmen, jetzt aber, wo die Deutschen den Bau von U-Booten begonnen hätten, hätte sich eine Gelegenheit geboten, die ganze Frage noch einmal zu erörtern. Die britischen U-Boote seien von geringem Wert für die Bekämpfung feindlicher U-Boote, und sie seien nicht in der Lage, französische Handels- und Truppentransportschiffe gegen die deutschen U-Boote zu verteidigen. Er glaube immer noch, daß es ein fataler Irrtum war, daß man nicht zum mindesten die Zustimmung zu dem deutschen U-Boots-Bau aufgehoben habe, bevor eine weitere Bemühung zur Abschaffung der U-Boote gemacht wurde.

Sir Bolton Eyres Monsell erinnerte den Haus daran, wovon man bei der Behandlung der Flottenfrage ausgehen müsse. Im Dezember 1933, so erklärte er, gehen alle Flottenabkommen zu Ende, unter denen wir die letzten 16 Jahre gearbeitet haben. Falls es nicht gelingt, etwas an die Stelle der Abkommen zu setzen, würden alle Flotten der Zukunft unbegrenzt sein. Das ist darauf zurückzuführen, daß Japan den Washingtoner Vertrag gelockert hat. Ich glaube, daß nur Gutes über den Washingtoner Vertrag gesagt werden kann.

Der Marineminister ging dann auf die Vorwürfe ein, daß England sein Flottenbauprogramm, das es Deutschland und anderen Ländern mitgeteilt habe, nicht auch dem Unterhaus mitteilte. Es sei gegen das Interesse des Weltfriedens, diese Dinge zu erörtern, und er bitte daher das Unterhaus, nicht auf die Mitteilung des englischen Programms zu dringen. Die Flottenfrage sei ein sehr schwieriges Problem, das wie ein Zusammenstoß aus einzelnen Stücken zusammengefügt werden müsse.

Aus diesem Grunde, fuhr der Marineminister fort, begrüßte die Admiralität den Vorschlag eines großen Staates wie Deutschland, seine Flotte für immer auf ein Verhältnis zur englischen Flotte festzulegen. Wir hätten es viel lieber, wenn Deutschland seine Unterseeboote hätte, aber wir können diese 35 v. H. ohne übertriebene Begehrnis annehmen. Man muß sich daran erinnern, daß das allgemeine Abkommen, das wir zu erzielen hoffen, überaus hohen Wert hätte, wenn Deutschland nicht daran teilhaben würde. Ich bin erstaunt, daß die internationalen Mitglieder des Unterhauses, wenn ich sie so nennen darf, einen Schlaganfall erleiden, weil nach Monaten und Jahren des Schwärmens etwas getan wird. Wir haben etwas getan (Weisfall). Daß wir es schnell getan haben, scheint die Leute noch mehr in Schrecken zu versetzen.

Ich möchte die Kritiker und besonders Lloyd George fragen: Was würden Sie getan haben? Wie würde Lloyd George Deutschland daran verhindert haben, Kreuzer zu bauen? Was würde er getan haben, wenn Deutschland einen Kreuzer verlangt hätte? Deutschland hätte 100 v. H. seiner Flotte verlangen können. Angenommen, es hätte das getan: Welche wären die beiden Möglichkeiten in England gewesen? Eine Möglichkeit ist, Deutschland mit Gewalt zu bauen zu verhindern. Ist irgend jemand bereit, das zu tun? Die andere Möglichkeit ist, eine große Verstärkung unserer eigenen Flotte durchzuführen. (Weisfall.) Das hätte ungeheure Ausgaben mit sich gebracht. Ich glaube, daß wir



die Dan- tragende der Dan- Polens

... selbst und der Welt im allgemeinen eine große Wohl- trafen, als wir das deutsche Angebot annahmen."

... lehnte den Vorwurf ab, das Flottenabkom- ein Schlag gegen den Völkerverbund und die Ab- konferenz. Auf den Vorwurf, daß England nicht mit den anderen Mächten zusammengearbeitet habe, hin- erwählte Konjell eine Versicherung des Präsi- des Außenpolitischen Senatskomitees in Frankreich.

... hat dieser „Multilateralismus“ Europa gelöst? im Jahre 1934 bei Deutschland bereit gewesen, eine Trup- von 300 000 Mann anzunehmen. Heute betrage 50 000 Mann. Dasselbe treffe auf die Luftwaffe zu. können uns nicht leisten, daß sich daselbe bei der ereignet." (Vouster Weillall der Minister.)

... sagte der Marineminister: Ich glaube, eine Ad- läst, die der Regierung geraten hätte, das deutsche abzuweisen, und eine Regierung, die diesen Rat genommen hätte, würde früher oder später überwältigend von der Menschheit vor den Schranken der Ge- stehen.

... ging dann ausführlich auf die Behaup- Lloyd Georges ein, den er einen „Meister der Kon-“ nannte. Er wiederholte, daß die Behauptung Lloyd Georges, Deutschland habe bei den Flottenverhandlungen die völlige Abschaffung der U-Boote angeboten und Eng- habe diesen Vorschlag abgelehnt, völlig unbegründet und unrichtig sei.

... in dieser Stelle erhob sich

Lloyd George

... Worten: „Haben die Deutschen bei den Vorver- handlungen oder bei der formellen Konferenz der Admi- mitgeteilt, daß sie bereit wären, mit England bei irgendwelchen Bemühungen für die Abschaffung der U-Boote zusammenzuarbeiten?“

Konjell: „Sicherlich. Ich habe das gesagt.“

Lloyd George: „Haben wir es aus dem Grunde abgelehnt, weil Frankreich und die anderen es nicht anneh- würden?“

Konjell: „Nein, das ist absolut unwahr.“ (Mini- sterialer Weillall.)

Lloyd George: „Dann haben die Deutschen an- nicht mitzuarbeiten?“

Konjell: „Ich habe immer und immer wieder ge- daß sie es taten und wir beschloßen, es vorzuschlagen, wenn wir zur allgemeinen Konferenz kommen.“

Lloyd George: „Nachdem ihr Deutschland mehr U-Boote gegeben habt.“

Konjell (irgerlich): „Wie könnten Sie es verhin- (Ministerieller Weillall.) „Wir haben eine bessere Chance, weil wir Deutschland mit uns haben.“

Nach diesem erregten Wortwechsel mit Lloyd George schied der Marineminister seine Ausführungen.

Sobann ergriff

Winston Churchill

... Mort. Er behauptete zunächst, daß das deutsche Ange- einer Mitarbeit bei der Abschaffung der U-Boote lei- großen Wert habe, denn es bestehe, wie jedermann nicht die geringste Aussicht, daß andere Länder der Abschaffung zustimmen. Auch solle ihm die Entgegennahme der Versicherung schwer, daß Deutschland bereit sei, die An- von U-Booten gegen Handelschiffe einzuschrän- Belager vernünftige Mensch könne glauben, daß Deutschland von dem Gebrauch der U-Boot-Waffe Abstand nehmen wolle, wenn seine Frauen und Kinder durch eine mögliche Blockade ausgehungert würden. Churchill ging dann auf das deutsche Flottenbauprogramm ein und er- man solle dem Unterhaus mitteilen, bis zu welchem Punkte Deutschland die im Flottenpakt niedergelegte Ge- lationstage erreichen werde. Die Lage sei sehr gefährlich, mit Bezug auf Frankreich seien die Dinge nicht so, wie sie der Marineminister geschildert habe.

Am Ende der Flottensprache stimmte das Unter- über den Antrag der Arbeiterpartei auf Herabsetzung der Flottenvorhaushaltes ab. Der Antrag wurde mit 247 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

In religiösem Wahn.

Kirchen und Logenhäuser brennen in Irland.

Dublin, 23. Juli. Die politisch-religiösen Unruhen in Belfast haben auch auf den Irischen Freistaat übergegriffen. In Clones und Limerick stürmten die Katholiken mehrere Häuser von Protestanten und richteten große Zerstörungen an. In Limerick ging die erregte Menge gegen zwei Frei- maurerlogen vor und zertrümmerte die Scheiben einer protes- tantischen Andachtschalle. Besonders gespannt ist die Lage in Kilmalock in der Grafschaft Limerick, wo eine protestantische Kirche in Brand gesteckt wurde und bis auf die Grund- mauer niederbrannte. Auch drei Häuser von Protestanten wurden schwer beschädigt. In Clones ging eine Freimaurer- loge in Flammen auf und brannte vollkommen nieder. In Trim in der Grafschaft Meath ging die Menge ebenfalls gegen eine protestantische Kirche vor und zertrümmerte meh- rere wertvolle alte Kirchenfenster. In Limerick werden die Straßen seit Montag von Truppen mit ausgepflanztem Sei- tengewehr bewacht.

von Dublin sind nach Galway entsandt worden, um bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu helfen. Die Unruhen haben am Montagabend begonnen, als die Dodarbeiter sich weigerten, einen Kohlendampfer aus Belfast zu löschen. Am Dienstagmorgen wurde ein Kisten dampfer so- lange an der Abfahrt gehindert, bis ein protes- tantischer Maschinist das Schiff verlas- sen hatte.

Aus Belfast wird berichtet, daß der Lord Oberrichter Sir William Moore bei Eröffnung der Schwurgerichts- sition in einer Rede gegen Uebertreibungen auswärtiger Blätter Einspruch erhoben hat. Er sagte, Belfast habe 450 000 Einwohner und das Unruhegebiet besitze eine Ein- wohnerzahl von 4500 Männern, Frauen und Kindern, mit anderen Worten kommt auf die Unruhen 1 v. H. der Gesamtbevölkerung. Es sei unwar und ungerecht, die Sache so darzustellen, als ob in der ganzen Hauptstadt Nordirlands Orgien der Gewalttätigkeit und der Ruhe- störung an der Tagesordnung seien.

Streiks und Arbeiterunruhen.

London, 24. Juli. Infolge der schweren Unruhen in Belfast herrscht im Irischen Freistaat und zwar besonders an der Westküste große Erregung. Die in Ausstand getre- tenen Dodarbeiter von Galway, der Hauptstadt der gleich- namigen Grafschaft, haben verlangt, daß alle protes- tantischen Angestellten der Stadt ent- lassen werden sollen. Es wurden Umzüge veran- staltet, um die katholischen Arbeiter mehrerer Fa- brikten zum Streik zu veranlassen. Die Polizei zerstreute aber die Menge durch einen Gummischnupfela- griff. Am Dienstag spät abends beschloßen die Dodar- beiter in einer öffentlichen Verammlung die Fort- setzung des Streiks. 50 Zöglinge der Polizeischule

Die Lage in Belfast.

Dublin, 24. Juli. Die Lage in Belfast bleibt weiter- hin heunruhigend. Am Dienstag wurde ein Mann durch einen Schuß ins Bein schwer verletzt. In der Brook- fieldstraße explodierte eine Bombe, wodurch ein vierjähriges Mädchen verletzt wurde. — Die Zahl der Verhaftungen hat sich um zehn auf 131 erhöht. Im Laufe des Dienstagabends wurde eine Reihe von Männern festge- nommen, von denen einem Brandstiftung, einem anderen tätlicher Angriff und zwei weiteren die Aeußerung von Drohungen zur Last gelegt wurden. Von amtlicher Seite wird die Lage als beträchtlich besser bezeichnet.

Baltikumlampfer-Verbände aufgelöst.

Berlin, 23. Juli. Der Reichsminister des Innern hat die Auflösung des Reichsverbandes der Baltikum- lampfer (Bereinigung ehemaliger Grenzschutz- und Frei- korpslampfer) und aller sonstigen Verbände ehemaliger Freikorpslampfer verfügt.

Mit dieser Auflösung sollen die Verdienste, die sich die alten Freikorpslampfer um Volk und Reich erworben haben, in keiner Weise geschmälert werden. Die Reichs- regierung erkennt vielmehr die Verdienste der Männer ausdrücklich an, die nach der Revolte von 1918 das Reich im Osten gegen bolschewistische Angriffe und in Münden, Hamburg und an der Ruhr gegen spartakistische und kom- munistische Aufstände verteidigt und gekämpft haben. Manches Jahr mußte seitdem vergehen, bis Adolf Hitler und seine Bewegung das neue Deutsche Reich aufbauen konnten, das in der NSDAP, der SA, und der SS viele der alten Freikorpslampfer auch zu seinen Kämpfern zählt.

Da im nationalsozialistischen Staat neben der Partei, ihren Gliederungen, den ihr angeschlossenen und den von ihr anerkannten Verbänden anderen Verbänden politischer Art ein Sonderleben nicht mehr zugelassen werden kann, wurde schließlich das Verbot derjenigen Verbände not- wendig, die sich nicht bereits selbst aufgelöst hatten.

Der sächsische Minister des Innern hat den Verband der Baltikum- und Grenzschutzlampfer Mitteldeutschland e. V., Sitz Dresden, Marienstraße 16, verboten.

einschließlich Pflichtappelle des NSDAP, und das öffent- liche Zeigen der Fahnen des NSDAP, verboten worden.

Die getroffenen Maßnahmen sind durch die Tatsache gerechtfertigt, daß in letzter Zeit in großem Umfange Aeußerungen und Handlungen einer Reihe von Stahlhelm- mitgliedern vorgekommen sind, die in unerbittlicher Weise die staats- und parteifeindliche Einstellung weltlicher Kreise des NSDAP, klar zutage treten ließen und zu strengsten Maßnahmen staatspolizeilicher Art Anlaß gaben.

NSDAP-Berksamlungsverbot auch in Erfurt.

Erfurt, 23. Juli. Auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat in Verbindung mit Paragraph 14 des Polizeiverwaltungs- gesetzes hat die Staatspolizeistelle für den Regierungs- bezirk Erfurt im Einvernehmen mit dem Regierungs- präsidenten, Staatsminister Dr. Weber, das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung jeder Art, die die Zugehörigkeit zum NSDAP (Stahlhelm) kenn- zeichnet, verboten. Gleichzeitig sind alle Versammlungen

Aus aller Welt.

Sechs Danziger Deutschnationale verhaftet. Wegen Verbreitung von Flugblättern, in denen die Danziger Re- gierung in übelster Weise beschimpft und beleidigt wird, hat die Danziger politische Polizei sechs sogenannte Deutschnationale verhaftet. Der eigentliche Verantwortliche, Abgeordneter Rechtsanwalt Weise, einzig der Verhaftung durch eine Reise ins Ausland, wobei er offen- bar berückichtigt hat, daß er als Abgeordneter nur unmit- telbar nach Begehung der Tat verhaftet werden kann. Die Flugblätter, die von der Polizei beschlagnahmt wurden, sind bezeichnenderweise in der Druckerei des Danziger Zentrum- organs gedruckt worden, ein neuer Beweis für die enge Zu- sammenarbeit zwischen Reaktion und Zentrum.

Maßnahmen zur Bootskatastrophe auf dem Darethener See. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft über die Ursache des so folgenschweren Bootsunglücks hat jetzt zu zwei Verhaftungen geführt. Außer dem Führer Hubra- tus, der im übrigen Gärtnergehilfe ist und keine Lizenz als Bootsführer hatte, ist auch der Pächter der Dertba- Insel, Max Dombrowski, in Haft genommen worden. Die Dertba-Insel, zwischen der und dem Ufer das überlastete Fährboot verkehrte, ist Eigentum des Kreises Allenstein; ihre Auegnutzung und der Fährbetrieb waren an Dombrowski unter der ausdrücklichen Bedingung übergeben worden, daß er das Fährboot in betriebsfähigem Zustande zu halten habe. Dombrowski ist dadurch besonders belastet, daß er kurz vor der Abfahrt des Bootsführer auf seine Frage die Beisung erteilte: „Nimm 20 Personen mit und noch mehr, es sind ja meist Kinder!“ (Das Fährboot ist aber nur für 14 Personen zugelassen.)

Anna Carolina?

EIN HOCHSTAPLERROMAN VON EMMY PEYNER.
(Nachdruck verboten.)

„Gute Zimmer frei?“
„Gewiß. Wir haben nach Empfang Ihres Tele- grammes sofort alles nach Wunsch gerichtet.“
„Wel Betrieb im Hause?“
„Die Hauptzeit ist vorbei. Immerhin dürfen wir zufrieden sein. Wir haben noch eine Reihe deutscher Gäste und seit einer halben Woche auch Mister Morrison aus New-Mexiko mit seiner Tochter.“
„Reheimb scheint das wenig zu interessieren. Ganz unentschuldig fragt er: „Morrison? Gute Reklame für Ihr Haus. Was soll der denn hier?“
„Warenmünde war die Heimat seiner verstorbenen Frau. Die Tochter hat den Wunsch geäußert, die Heimat ihrer Mutter kennenzulernen.“
„Sich mal an, eine Amerikanerin mit gefühlvollen wäutlichen Anwandlungen. Das ist ja ein ganz neuer Typ.“
„Allesin, Herr Baron, pittein. Nicht dran zu tippen.“
„Na, wir werden ja sehen“, meint Reheimb lachend. „Ihre Begeisterung läßt wirklich etwas Besonderes er-“
„Sind Herr Baron mit dem Zimmer zufrieden?“
„Ja doch, es ist gut, lieber Direktor. Falls Seine Wunsch nach Wünschen haben, werde ich Sie benach-“
„Der junge Mensch horcht vom Balkon seines Zim- mers auf das Rauschen der See, auf die Musik, die ge- klopft vom Kurgarten herüberdringt.“
„Reheimb winkt ihn ungeduldig herein.“
„Mein Lieber, zum Träumen und Schwärmen ist jetzt keine Zeit. Schnell, Abenddreh. Blume ins Knopfloch; ich wünsche, daß Sie elegant aussehen heute!“
„Ein neues Spiel beginnt. Der junge Mensch fügt das hinzuzufügen. Er hat kein Recht, aufzubeghehen, die“
„Eine Welle hört man nur das Plätschern des Heiß- wasserbades. Ein Kellner serviert lautlos geschwind die Mahlzeit im Wohnzimmer. Man ist hastig. Aber es gelingt: noch vor Schluß des Kurgartenkonzerts sitzen die Herren in der Halle, rauchen, lesen, sehen und werden“

„Seine Durchlaucht Fürst Schwarzenberg ist an- gekommen“, teilt der Türsteher den heimkehrenden Gästen mit.

Auch Gloria Morrison erfährt die Neuigkeit. Sie streift mit leise neugierigem Blick die beiden Herren. Eleganter junger Mann, sieht sympatisch aus; ob man ihn mal kennenlernt? Wahrscheinlich.

Langsam geht sie vor ihrem Vater her zum Aufzug. Der Liftboy reicht höflich die Kapspe herunter. „Guten Abend, Miß Morrison!“ Die blesse Anabenstimme tönt laut durch die Halle.

Kurz nachdem Vater und Tochter heraufgefahren sind, gießen auch die beiden Herren sich zurück.

Oben spöttelt Reheimb: „Jetzt können Sie träumen und schwärmen, jetzt ist die Zeit dazu. Gute Nacht, Durch- laucht, träumen Sie gut!“

Was will er, denkt der junge Mensch zornig. Er liegt noch lange wach. Die elende Schlaflosigkeit scheint wieder einzusetzen. Er denkt an Gloria Morrison, die der Baron als nächstes Opfer auserkoren hat.

Opfer? Bah, was macht es einer Millionärin aus, wenn sie um ein paar tausend Mark betrogen wird mit einer schönen Illusion. Man kann es nicht ändern, man muß den Dingen ihren Lauf lassen. Wie sagte der Baron: „Sentimentalität ist unnützer Ballast bei unserm Beruf.“ Ich kann mir bürgerlich-sentimentale Ehrlichkeitsanwand- lungen nicht leisten. Ich muß versuchen, mich über Wasser zu halten, solange es geht. Nein, Gloria Morrison, ich kann dir nicht helfen. Das Spiel muß beginnen.

Aber wohl ist ihm nicht bei dieser Sophisterei. Daß und Trotz reden sich auf in ihm, warum springt das Schicksal so um mich mit? Warum darf ich nicht arbeiten, ehrlich arbeiten, beschelben leben im Rahmen erlernten Berufes? Sol der Ausdruck dieses Warum. Es geht nicht. Punktum, Streusand. Sentimentalität ist wirklich un- nützer Ballast.

Arme Gloria, ich kann dir nicht helfen. Ich bin nicht so verbunden, wie du eines Tages von mir denken wirst. Die Nacht ist schwer von qualenden Träumen. Wertentin erwacht früh, an Schlaf ist nicht mehr zu denken — also herauf. In der frischen Morgenluft ver- fliegen Nachtdämonen am schnellsten. Die Sonne lacht, über der See feht leichte Brise, am Horizont stehen Segel in großer Zahl. Kübler Wind umspült die Schläfen.

Der junge Mensch schlenbert die Bismarckpromenade entlang, verweilt ein wenig auf der noch menschenleeren Mole, gewinnt die StraÙe „am Strom“ mit ihren alt-

modischen Siebelhäusern und biegt ein zum Marktplatz. Welch hübsches Bild! Die rote Backsteinkirche mit dem Giebel des Markttages. Weißbeschränkte Verkaufstände mit Gemüse und Obst in den buntesten Farben; Wagen, Pferde; Warnemünder Fischfrauen mit ihren altmodischen Schutzhüten, das Gewimmel glitschiger Fischleiber, vor der Post ein gelbes Kursauto — man mühte Mater sein, wirklich, auch der Norden hat seine Reize, seine leuchten- den Farben, seine hübschen Volkstypen, man braucht wahrhaftig nicht immer nach dem Süden zu fahren.

Mit allen Sinnen ist er dem Erleben dieser hübschen Morgenstunde hingegeben. Als er zur Post herüber will, um ein Telegramm nach Stauffenschwand aufzugeben, kommt ihm ein Mädchen entgegen. Kurz vor ihm gleitet sie aus, schreit leicht auf. Mit raschem Sprung ist er neben ihr, stützt sie. Sie lächelt mühsam, dankt. In diesem Augen- blick erkennt er: es ist Gloria Morrison.

„Nehmen Sie meinen Arm, gnädiges Fräulein“, bittet er.

Jeder Schritt tut höflich weh, aber sie ist tapfer und verbeißt den Schmerz. Woher kam der Unfall? Wertentin blickt suchend zurück: eine weggeworfene Bananen- schale war schuld.

Er führt das Mädchen zur nächsten Bank.

„Darf ich ein Auto für Sie besorgen? Sie wohnen im Strandhotel?“

Scheu hindert ihn, sich ihr vorzustellen. Die Augen des Mädchens sind so offen, so klar, daß er nicht wagt, mit fremdem Namen ihr zu nähern.

„Sie sind sehr freundlich.“ Jögern — nach einer Pause: „Sie sind Fürst Schwarzenberg, nicht wahr? Im Hotel sah ich Sie gestern abend.“

Sie lächelt ein wenig schelmisch, fühlt sich schon wieder der Lage gewachsen, streckt freimütig ihre Hand hin: „Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Hilfsbereitschaft. Mein Name ist Gloria Morrison.“

Im Hotel ist große Aufregung, als die beiden vor- fahren und Gloria, gestützt auf den Arm des Fürsten, mühsam aus dem Wagen humpelt. Der Fuß ist mitter- weile so stark angeschwollen, daß jede Bewegung ganz ab- scheulich schmerzt. Das Mädchen beißt die Zähne aufein- ander, kann es aber nicht verhindern, daß ihr Tränen über das Gesicht laufen. Wertentin steht es und befreit. Armes kleines Mädchen! Kurz entschlossen trägt er sie zum Rahrstuhl.

(Fortsetzung folgt.)

Betriebsführer, denkt an die SA-Männer

bei Einstellung von Ersatzkräften!

Durch die für den Herbst festgelegte Einziehung von Volksgenossen zur Wehrmacht oder zum Arbeitsdienst werden in der Wirtschaft und im Handel Ersatzkräfte benötigt. Die SA-Gruppe Sachsen erinnert bei dieser Gelegenheit erneut an die alten Kämpfer und pflichtgetreuen SA-Männer.

Die SA-Gruppe Sachsen richtet die dringende Aufforderung an die Betriebsführer, bei Einstellung von Ersatzkräften die SA-Männer zu berücksichtigen, und in dieser Form ihren Dank für die Verdienste dieser Männer um die Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes abzusprechen.

Die Bedarfsmeldungen sind an die SA-Verbindungsstellen in den Arbeitsämtern zu richten.

Auch eine Wirtschaftsbelebung

Was ein Jungvork-Sommertag verzeht

In welchem Umfang in den Jungvork-Sommertagern die Frage der Verpflegung gelöst worden ist, beweist folgende kurze Aufstellung des Sommertages des Jungbanns 1/212, Böbau, in Bollenstein im Erzgebirge. Im fast gleichen Verhältnis steht die Verpflegung aller dreihundert Zeltlager, die zur Zeit im sächsischen Grenzland durchgeführt werden.

Dieses Lager umfaßt 338 Jungen; an einem Sonntag verzehren sie: 700 Semmeln, 700 Liter Kaffee, 25 Pfund Marmelade, 60 Pfund Butter, 45 Stück Brot, 15 Pfund Fett, 70 Pfund Wurst, 70 Pfund Fleisch, 80 Pfund Sauerkraut, 4 Zentner Kartoffeln.

In der ersten Woche (fünf Tage!) verbrauchten sie: 600 Brote, 1400 Semmeln, 320 Stück Butter, 350 Büchsen Dessertinen, 140 Pfund Wurst, 60 Pfund Käse, 350 große Anteile Hering in Soße, 360 neue laure Gurken, 75 Pfund Marmelade, 150 Pfund Erbsen, 30 Pfund Speck, 25 Pfund Zwiebeln, 100 Pfund Weißkraut, 800 Pfund Kartoffeln, 210 Pfund Fleisch, 80 Pfund Rübchen und 100 Pfund Reis.

Diese Aufstellung liefert wohl den besten Beweis für die Güte des Hungers, den die Pimpfe bei Spiel und Sport in freier Natur entwickeln, und dafür, daß die Sommertager der Hitler-Jugend auch einen wirtschaftlichen Wert besitzen.

Zusätzliche deutsch-tschechoslowakische Warenmengen

für Abkäufe auf der Leipziger Herbstmesse

Anlässlich der in Prag zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Regierungsausschuss geführten Verhandlungen wurde u. a. auch eine Vereinbarung über die zusätzliche Einfuhr von Waren getroffen, über die auf der am 25. August beginnenden Leipziger Herbstmesse Abkäufe zustandekommen.

Darnach werden die tschechoslowakischen Stellen mit Ausnahme einiger Waren, unter denen besonders Porzellan, Tischwaren aus Leder und Knüpfsteppiche zu nennen sind, deren zusätzliche Einfuhr jedoch wohlwollend geprüft werden wird, für die auf der Leipziger Herbstmesse durch tschechoslowakische Einkäufer erteilten Aufträge auf deutsche Waren ohne Anrechnung auf die Deutschland zustehenden allgemeinen Einfuhrquoten Einfuhrbewilligungen erteilt.

Lufthörschen

Spiellanzüge

Kinderkleider

zum Ausfüttern empfiehlt

Handarbeitsgeschäft

W. Fuchs, Mühlstr.

Das Zeitungs-Inserat

die seelische Beeinflussung der kaufenden Masse

wurde infolge seiner eigenartigen suggestiven Wirkung noch von keinem anderen Reklamemittel übertriften. Die Reklame ist das Mittel zur Hebung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes, das Mittel, welches den Reklamewert schafft, der letzten Endes die Richtigkeit des Sages bekräftigt.

Reklame kostet nichts

Die moderne Reklame bedeutet die Rationalisierung des Absatzes; sie führt zur Absatz- und damit zur Gewinnsteigerung bei gleichzeitiger Ermöglichung der Verkaufspreisherabsetzung. Das oberste Prinzip der Reklame ist Wirkung.

Reklame muß wahr sein

Wenn sie wendet sich an die „Majestät Kunde“. Das Zeitungs-Inserat ist die älteste, erprobteste und am einfachsten anzuwendende Reklame. Betriebskrankheiten können durch Reklame geheilt werden. Die Reklame gleicht dem Öl für den Motor.

Der Weg zum Käufer

führt durch den Inseratenteil der Zeitung. Nur durch das unentwegte Nutzen seines Namens ist der Kauf so populär geworden. — Die Geschäftswelt hat ein erfolgreiches Inseratsorgan in der weitverbreiteten und in allen Kreisen gelesenen

Ottendorfer Zeitung.

Für den Geschäftsbedarf

Briefordner, Schnellhefter, Löcher, Briefwaagen, Locher, Füllhalter, Geschäftsbücher in Folio u. Quart, Kassebücher, Registerbücher, Briefklammern, Büronadeln, Siegellack.

Buchhandlung Hermann Kühle.

gen und Devillenbelcheinigungen erteilen. Diejenigen tschechoslowakischen Waren, für die die zusätzliche Einfuhr nach Deutschland anerkannt ist, sind unter Festlegung von Wertgrenzen für die einzelnen Waren in eine Liste zusammengefaßt; in Frage kommen beispielsweise Schmuckfedern, Farben, Baumwollwolle und -damaste, Fensterleder und Ledergalanteriewaren, Korbflechtwaren, Bürsten, Horn-, Zelluloid-, Holz- und Glaswaren, Musikinstrumente, Schmutz- und Gablonyer Waren. Für diese Erzeugnisse werden, wenn sie auf Grund von auf der Leipziger Herbstmesse abgeschlossenen Geschäften nach Deutschland geliefert werden, die zollmäßigen deutschen Stellen im Rahmen der Einzelwertgrenzen und bis zu deren Gesamtbetrag zusätzliche Devillenbelcheinigungen und verbindliche Zulagen im Verhältnis von 75 v. H. der jeweils vorliegenden tschechoslowakischen Ausfuhraufträge erteilt. Ueber die Einzelheiten der Durchführung wird noch Mitteilung erfolgen.

Neue Frühkartoffelpreise ab 25. Juli

Die Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft hat mit Zustimmung des Reichs- und preussischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsanwaltes folgendes angeordnet:

Die Erzeugerpreise für Speisefrühkartoffeln je Zentner ausschließlich Saft betragen ab 25. Juli 1935 bis auf weiteres: für lange gelbe Sorten mindestens 4,50 R.M., jedoch nicht mehr als 5 R.M.; für runde gelbe Sorten mindestens 4,10 R.M., jedoch nicht mehr als 4,60 R.M.; für blaue, rote und weiße Sorten mindestens 3,70 R.M., jedoch nicht mehr als 4,20 R.M.

Die Preise verstehen sich je Zentner, und zwar im geschlossenen Anbaugelände, waggonfrei Verladestation oder frei Bezirksabgabestelle oder frei Uebergabestelle am Erzeugungs-ort. Diese Anordnung tritt mit dem 25. Juli 1935 in Kraft.

Sachsens zweiter Thingplatz

Der zweite sächsische Thingplatz in Borna bei Leipzig ist im Bau vollendet. Gemeinamte Opfer, gemeinamte Schafen haben die Errichtung der schönen Anlage ermöglicht. Die Gestaltung der Weihe des Thingplatzes am 10. und 11. August wird durch die Sächsische Spielgemeinschaft für nationale Festgestaltung erfolgen, die im Bau durch die Weihe des Thingplatzes Kommerz beauftragt worden ist. Die Bevölkerung von Borna wird an diesen Tagen beweisen, daß sie nicht nur die Anlage schaffen konnte, sondern daß sie sie auch beleben kann; etwa tausend Mitwirkende aus Kreisen der Einwohnerschaft werden an den Aufführungen beteiligt sein. Von der Sächsischen Spielgemeinschaft für nationale Festgestaltung wurde Oberregisseur Bender mit der Spielleitung beauftragt. Die Aufführungen werden in jeder Hinsicht aller künstlerischen Erwartungen gerecht werden; mit der Teilnahme führender Persönlichkeiten kann gerechnet werden.

Erweiterung des Uniform- und Sportverbots für konfessionelle Jugendverbände

Der sächsische Minister des Innern hat in Erweiterung des Uniform- und Sportverbots für konfessionelle Jugendverbände vom 29. Juli 1935 den konfessionellen Jugend- und Ständesvereinigungen jeglicher Art mit sofortiger Wirkung jede Betätigung außerhalb des kirchlichen, religiösen und karitativen Gebietes untersagt.

Verboden sind insbesondere geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit, Sport jeglicher Art, gemeinames Gruppenwandern, die Errichtung gemeinsamer Festlager, volksmissionarische Schulungslager, Bibellager, Freizeittager und dergleichen, ferner das öffentliche Führen und Zeigen von Fahnen, Bannern, Wimpeln. Zuwiderhandlung wird bestraft.

„Wachturn-Bibel- und Traktat-Gesellschaft“ verboten

Der sächsische Minister des Innern hat die „Wachturn-Bibel- und Traktat-Gesellschaft“ (Wach Tower Bible and Tract Society), Linien bei Magdeburg für den Bereich des Landes Sachsen aufgelöst und verboten. Wer sich als Mitglied der aufgelösten Gesellschaft betätigt, sie auf andere Weise unterstützt oder den durch sie geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird bestraft.

Kraftfahrpolizei auch in Sachsen

Aus einem an die Landesregierungen gerichteten Erlass des Reichsinnenministers Dr. Frick geht hervor, daß auch in Sachsen zwei Standorte der Kraftfahrstrafenpolizei eingerichtet werden sollen, und zwar in Dresden und Zwickau. Die Stärke der Belegschaft der Standorte dürfte je 45 bis 50 Mann zuzüglich Führer und je 18 bis 22 Kraftfahrzeuge betragen.

Doppelmord in Nordböhmen

Der Mörder zugleich Brandstifter

In der Nacht zum Mittwoch wurden in Eintrachtshonitz bei Grader an der Strecke von Böhmischo-Leipa nach Altscha der in den letzten Jahren stehende Landwirt Anton Hasler und seine gleichaltrige Ehefrau in ihrer Schlafkammer von unbekannten Tätern durch Artstiche getötet.

In unmittelbarer Nähe des Tatortes war ein Scheunenbrand ausgebrochen. Da es aussieht, daß Hasler nicht am Brandplatz eingetroffen war, begaben sich mehrere Anwohner in sein Haus, wo sie die Blutspuren entdeckten. Der Landwirt lag bei der Ofenbank, sein Frau im Bett. Die Schlafkammer war vollständig durchwühlt. Offenbar haben die Täter nach Geld gesucht; Hasler hatte tags zuvor eine Kuh für 2500 Kronen verkauft. Es wird vermutet, daß die Täter von dem Vorhandensein des Geldes wußten. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben sie nach dem Mord die benachbarte Scheune in Brand gesteckt, um die Entdeckung der Blutspuren zu verzögern.

Mit dem Gummiknüppel gegen Subtendendeutsche

Gegenüber anderslautenden Nachrichten, die im Zusammenhang mit der Auflösung einer subtendendeutschen Kundgebung in Brüx durch tschechoslowakische Polizei von mehreren Todesopfern sprechen, gibt das tschechoslowakische Pressebüro folgende Darstellung dieser Vorfälle:

Die Ortsgruppe des Bundes der Deutschen in Brüx erfuhrte gemeinsam mit dem Deutschen Turnverein in Brüx um die Bewilligung eines Umzuges zu dem neueröffneten Arbeitslager. Der Umzug wurde für den 23. Juli bewilligt, wurde jedoch um einen Tag früher, das ist am 22. Juli, veranstaltet. Die Polizei machte die Teilnehmer auf diesen Umstand aufmerksam und forderte sie zum Auseinandergehen auf. Als sie nicht Folge leisteten, wurden sie mit Einsatz von Gummiknüppeln zerstreut. Bei der Polizei meldete sich nur ein Veranstalter, Dr. Otto Tüffel, der ein

Zeugnis eines Privatärztes darüber vorlegte, daß er verletzt wurde; sonst meldete sich niemand.

Wieder eine schwere Bluttat im böhmischen Grenzgebiet. Der erst seit etwa acht Tagen bei dem Landwirt Jolitz Hampel in Schönwald bei Friedland beschäftigt gewesene Kutischer Heinrich Wohlfarth schloß mit einem Leichling auf seinen Dienstherrn und richtete dann die Waffe gegen sich. Wohlfarth wurde durch den Schuß sofort getötet. Hampel wurde in befürchteterregendem Zustand ins Bezirkskrankenhaus Friedland eingeliefert. Da der Bluttat, die sich beim Füttern des Viehs zugetragen hat, nicht die geringste Auseinandersetzung vorausgegangen war, sieht man hinsichtlich der Beweggründe, die Wohlfarth zu der Tat veranlaßt haben, vor einem Rätsel.

Berufungsverbot für den Stahlhelm auch in Erfurt

Die Staatspolizeistelle hat für den Regierungsbezirk Erfurt im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung jeder Art, die die Zugehörigkeit zum NSDFB (Stahlhelm) kennzeichnet, verboten; gleichzeitig sind alle Berufungsverbot einschließlich Pflichtappelle des NSDFB und das öffentliche Zeigen der Fahnen des NSDFB verboten worden.

Die getroffenen Maßnahmen sind durch die Tatsache gerechtfertigt, daß in letzter Zeit in großem Umfang Verweigerungen und Handlungen einer Reihe von Stahlhelmmitgliedern vorgekommen sind, die in unverkennbarer Weise die Staats- und parteifeindliche Einstellung gegenüber dem NSDFB klar zu Tage treten ließen und zu strengsten Maßnahmen staatspolizeilicher Art Anlaß gaben.

Italien gegen England

Die italienische Stimmung richtet sich nach den beständigen Angriffen gegen Japan mit erneuter Schärfe gegen England. In römischen Kreisen wird immer mehr die Auffassung vertreten, der Stimmungsumschwung in Japan sei darauf zurückzuführen, daß die dortige öffentliche Meinung nur auf die Berichte angelsächsischer Berichterstatter über den abessinischen Streit angewiesen sei. Daneben bilden Einzelheiten, die man aus dem britischen Kabinettsrat wissen will, die Gelegenheit zu kräftigen Gegenvorwürfen. Die gesamte Presse wendet sich gegen die Absicht Englands, die Lieferung von Waffen nach Abessinien zuzulassen. Dies sei, erklärt „Giornale d'Italia“, die offene Befundung der moralischen Verbundenheit zwischen Abessinien und England und eine neue Ermütigung der abessinischen Unnachgiebigkeit und Frechheit. Man müsse sich wundern, wie England sich überhaupt noch Hoffnungen über einen Ausgleich und Verhandlungen machen könne. Die augenblickliche Erfahrung lehre, daß man nicht den internationalen Bemühungen auf das Zustandekommen sogenannter Ausgleichs trauen solle.

Wenn die übereinstimmenden englischen Zeitungsberichte über die Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes zuträfen, müsse Italien dies allerdings ohne jede Ausregung als eine ausgesprochen feindliche Haltung seitens Englands auffassen. Das italienische Volk werde also wissen, daß unter dem Deckmantel des Völkerbundes England die „Skawenhorben Abessinien“ gegen die Menschen Italiens bewaffnet habe. Italien werde auch wissen, falls die abessinischen Unverschämtheiten härter werden, England einen großen Anteil daran habe. Die englische Regierung müsse sich vor Augen halten, daß ihr Verhalten in der Frage der Waffenauslieferung für Amerika einen nicht unbedeutenden Sonderfall schaffen werde.

Ausbreitung der Unruhen in Irland

Die politisch-religiösen Unruhen in Belfast haben auch auf den irischen Freistaat übergegriffen. In Clones und Derrin stürmten die Katholiken mehrere Häuser von Protestanten und richteten große Zerstörungen an. In Derrin ging die erregte Menge gegen zwei Freimaurerlogen vor und zerrümmerte die Scheiben einer protestantischen Kinderschule. Besonders gespannt ist die Lage in Kilmallock in der Grafschaft Derrin, wo eine protestantische Kirche in Brand gesteckt wurde und die auf die Grundmauern niederbrannte; auch drei Häuser von Protestanten wurden schwer beschädigt. In Clones ging eine Freimaurerloge in Flammen auf und brannte vollkommen nieder. In Trim in der Grafschaft Meath ging die Menge ebenfalls gegen eine protestantische Kirche vor und zerrümmerte mehrere wertvolle alte Kirchenfenster. In Derrin werden die Straßen seit Montag von Truppen mit aufgezogenen Seitengewehren bewacht.

Englands Stellung zur Waffenausfuhr

Das englische Kabinettsbesitz befachte sich erneut mit der Frage der Waffenausfuhr nach Abessinien. Die allgemeine Auffassung der Minister geht nach der „Evening News“ dahin, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Waffenausfuhr in gleicher Weise nach Abessinien und Italien erlaubt sein dürfte. Die Erfordernisse unbedingter gleicher Behandlung beider Länder machten diese Haltung notwendig. Allerdings sei die sofortige Befanngabe einer Entschädigung der Regierung unwahrscheinlich, weil hierdurch nur die ohnehin schon schwierige Lage, in der der Völkerbundrot in der nächsten Woche zur Erörterung der Abessinien-Frage vor Sammentreten werde, noch verwickelt werden könne. Die Italiener darin einwillige, daß Genf alle Gesichtspunkte des Streitens prüfe, sei in London noch unbekannt; jedenfalls habe Italien seine Klagen gegen Abessinien amtlich noch nicht mitgeteilt, ebenfalls nicht seine Pläne und Ansprüche; es werde hierzu in der nächsten Woche aufgefordert werden.

Haltepunkt überfahren

Auf der Strecke Berchtesgaden-Königssee stießen in der Nähe von Schwöbbrücke zwei Triebwagenzüge zusammen. Fünfzehn Reisende wurden hauptsächlich durch Glasplitter verletzt. Drei Wagen entgleisten. Der Unfall wurde durch Überfahren eines Haltepunktes verursacht.

Sport

Erlaß für das Ländendorf-Bergrennen?

Wie uns aus Jitta berichtet wird, trägt man sich dort mit dem Gedanken, für das in diesem Jahr ausfallende Bergrennen bei Ländendorf am 18. September ein sog. Staatsrennen in Jitta zu veranstalten. Die Rennstrecke führt etwa drei Kilometer lang rund um die Stadt. An dem Rennen können sich Lizenz- und Ausweissfahrer auf Einzelmotoren sowie auf Sportwagen der kleineren Klasse beteiligen.